

Die Elbe

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Elbe“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8849. •

Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber teil Ganzes werden
***** Als dienendes Glied stehst an ein Ganzes dich an *****

Inserate: Die 6spalt. Petitzeile wird mit 0,20 Goldmark für
Geschäfts- und mit 0,10 Goldmark für Arbeitsmarktanzeigen
berechnet. Für arbeitssuchende Mitgl. ist der Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Der General-Versammlung zum Gruß.

Mit solcher Ruhe liegen bisher die Mitglieder noch keine Generalversammlung an sich herankommen. Wochenlang tobten gewöhnlich die Meinungskämpfe um wesentliche und auch manchmal unwesentliche Dinge, die reinsten Schlachten wurden geschlagen. Diesmal ist es anders. Es ist aber nicht etwa Interesslosigkeit, sondern ich möchte es Abgemessenheit nennen, die sich zur Generalversammlung bemerkbar macht.

Unser diesmaliger Verbandstag ist deshalb nicht etwa weniger wichtig als die vorhergegangenen. Die Zahl der Anträge und nur sechs Tagungsordnungs-punkte sind nicht immer maßgebend für die Bedeutung einer Tagung. Wenn es danach ginge, hätten wir auf diesem Kongreß keine schwierigen Entscheidungen zu treffen, und doch liegen die Dinge so, daß gerade von dieser Tagung die Entscheidung über das Weiterbestehen unserer Organisation als Berufsverband getroffen werden soll, denn die Dinge der gewerkschaftlichen Entwicklung sind soweit gediehen, daß der Gewerkschaftskongreß mit seinem Beschluß uns den Weg gezeigt hat, mit anderen Verbänden zusammen eine größere Kampfgemeinschaft zu bilden. Die Generalversammlung kann an diesem Beschluß nicht vorübergehen und wird dazu Stellung nehmen und diese Stellungnahme bedeutet deshalb mehr oder minder den Abschluß einer Epoche unserer Berufsorganisation. Die dementsprechend gestellten Anträge, die darauf hinauslaufen, uns zu einer Industrieorganisation mit anderen Verbänden umzugestalten, sind nicht die eigentliche Triebkraft dazu gewesen, und wir werden deshalb auf unserer Tagung uns weniger mit dem Wortlaut der Anträge, sondern mehr mit dem Inhalt dieser Vorschläge und den schon vorher gezeichneten Richtlinien des Gewerkschaftskongresses zu befassen haben. Wir müssen also außerordentlich wichtige Entscheidungen treffen, wovon das Wohl und Wehe der Porzellanarbeiterschaft in künftigen Zeiten wesentlich abhängen wird. Wir möchten nur wünschen, daß die Beschlüsse so günstig für unsere gewerkschaftliche Fortentwicklung ausfallen, daß wir damit auch einen großen Vorteil erreichen; denn letzten Endes hat doch ein Zusammenschluß mit den Zweck, unsere gewerkschaftliche Kampfkraft zu stärken, unseren wirtschaftlichen Einfluß zu heben und unseren Rückhalt mehr zu festigen.

Ein zweiter Verhandlungspunkt von großer Wichtigkeit ist das Tarifwesen. Zum Tarifwesen wird ein Referat vorgelesen und sind einschneidende Anträge von einigen Zahlstellen gestellt. Von Dresden und Freiberg wird darin auch verlangt, wenn wir mit unseren Lohnregelungen nicht besser vorwärtskommen, daß wir dann Landes- oder Bezirks-Lohnsätze, unter Umständen sogar Betriebslöhne abschließen sollten. Den Reichstarif der feinkeramischen Industrie legt nach jahrelangen Erfahrungen zu zerbrechen und Landes- resp. Bezirkstarife daraus zu machen, ist nicht an-gängig. Darin gehen selbst die Antragsteller mit uns über-ein. Den Lohnstarifvertrag vom sonstigen Reichstarif zu sondern und für die Lohnverhältnisse Abgrenzungen nach Gebieten zu treffen, dazu ist nach meinem Dafürhalten weder die Verbandsleitung zu haben, noch wären die Unternehmer als Tarifpartner damit einverstanden; denn der Lohn läßt sich von den übrigen Tarifbestimmungen nicht trennen. Wenn man die Lohngestaltung in unserer In-dustrie einmal von allen Seiten betrachtet, so wird man finden, daß ganze Gebiete sich mit dem Reichslohn-tarif bei ihrer Existenz, Möglichkeiten ge-holfen haben, weil tatsächlich die Möglichkeit im Reichslohnstarif enthalten ist, über die Tarifgrenze hinaus, und zwar nach den Lei-stungen eine höhere Bezahlung zu erlangen. Wenn dies im Bezirk der Antragsteller nicht möglich ist oder sein sollte, so liegt das nicht am Reichslohnstarif, sondern an der Stärke der wirtschaftlichen Gegner und anderen Umständen. Die Generalversammlung hat bei der Beratung gerade dieses Antrages alle Für und Wider genau zu prüfen.

Der Antrag zur Arbeitszeitfrage von Stahl ist wertvoll von der Generalversammlung behandelt zu werden. Zu dieser Frage liegt ja auch der Generalversammlung eine Broschüre vor, in der speziell die Arbeitszeitfrage in den Nachkriegsjahren behandelt worden ist, und es ist notwendig, daß sich die Delegierten gerade dieses Material sehr genau ansehen.

Unter den sonstigen Anträgen sind auch eine Anzahl Demonstrationsanträge, aus denen klipp und klar hervor-geht, daß sie keiner Würdigung bedürfen. Es erübrigt sich, mehr dazu zu sagen. Nur auf eines sei dabei verwiesen. Soweit es sich auf die Delegation nach Rußland bezieht, muß grundsätzlich gesagt werden, daß es für deutsche Orga-nisationen viel wichtiger ist, in wirtschaftlich und tech-nisch vorgeschrittene Länder Kommissionen zu schicken, als nach Rußland. Für uns Porzellanarbeiter wäre es ange-bracht, einmal in der technisch hervorragend ausgestatteten Keramikindustrie Amerikas Erfahrungen zu sammeln. Die amerikanische Keramikindustrie hat im letzten Jahrzehnt einen so außerordentlich großen Aufschwung genommen, daß es schon aus diesem Grunde notwendig wäre, einmal die mit uns konkurrierenden Betriebe Amerikas kennenzulernen. Für jedes Land hat zu gelten, daß es dorthin sein Augenmerk richtet, wo die größten Fortschritte in der Industrie, im Handel und Verkehr zu verzeichnen sind.

Nun noch etwas zu der eigentlich wichtigsten Aufgabe, die diese Generalversammlung mit zu erledigen hat, wenn wir als Verband lebenskräftig bleiben wollen. Sie besteht darin, unsere Einnahmen auf die Höhe zu bringen, die die Erledigung der täglichen Aufgaben, das Führen der dringendsten Kämpfe gestattet und dann noch ermöglicht,

Kollegen Herden verwiesen und gebeten, gründlich Wandel mitzuschaffen; denn es geht um die Erhaltung der Stof-fkraft unseres Verbandes, um den wichtigsten Faktor jeder Organisation.

Wenn schon nicht an den Unterstützungsbeträgen gerüttelt werden soll, dann müssen Wege gefunden werden, die Einnahmen zu erhöhen. Bei manchem mögen Änderungsvorschläge keinen Anfang finden und es wird zugegeben, daß gegenwärtig die Ar-beiterschaft unter einer schweren Last leidet; aber gerade die bedingt, wie die unausgesetzten Angriffe der Unternehmer in allen Industrien und Gewerben zeigen, sich einen stärkeren finanziellen gewerkschaftlichen Rückhalt zu bilden. Je mehr wir unsere Schlagkraft erhöhen, desto mehr können wir den maßlosen Angriffen der Unternehmer ent-gegentreten und deshalb wird mit aller Deutlichkeit darauf verwiesen, daß mit dem Stärken der Gewerkschaften auch die Lage der gesamten Arbeiterschaft sich besser muß. Die Erhöhung der Beiträge und das Ein-dämmen der schlimmen Beitragschinderei wird nicht etwa deshalb verlangt, weil die Vorstandsmitglieder Gefallen daran finden, sondern weil die Notwendigkeit vor-liegt und weil die Verantwortung die Ver-bandsleitung dazu zwingt, die General-ver-sammlung und die Kollegenschaft mit aller Schärfe auf die bestehenden Krankheiten hinzuweisen, um mit neuen Vorschlägen eine Gesundung herbeizuführen.

Die Anträge des Verbandsvorstandes sollen dazu dienen, die Anregung zur Stärkung unserer Klassenverhält-nisse zu geben. Daß dazu auch Zahlstellen, wie z. B. Weiden, zum § 37, Abs. 3, Anträge gestellt haben, ist erfreulich und begrüßenswert müßte es sein, wenn das Jahr 1924 tatsächlich erweisen würde, daß die Lokalkassen mit 12 und 20 Proz. noch soviel Mittel zur Ver-fügung hätten, daß die jetzt bestehenden Sätze auf 12 und 20 Proz. zugunsten der Hauptkasse gemindert werden könnten.

Die weiteren Anträge, die eine Ausgabe der Verbandskasse in sich bergen, werden wohl kaum infolge der geldlichen Umstände die Berücksichtigung erfahren können, die wünschenswert und angebracht wäre.

In ihren Rechenschaftsberichten werden die Kollegen Wolmann und Herden manches zu sagen haben, das vorläufige Kritiker zum Nachdenken zwingt; denn die Berichtszeit liegt in einer Periode, die den größten Aufstieg brachte, und andererseits unseres ge-samten finanziellen Rückhalts beraubte und einen Niedergang von 30,25 Proz. zu verzeichnen hatte. Auf die Wieder-gewinnung dieser unorganisierten Masse werden wir sehr viel Zukunftsbearbeit ver-wenden müssen und die Generalver-sammlung tut gut, wenn sie darauf auch ein starkes Argument lenkt. Die kom-menden Kämpfe, die wir infolge unserer

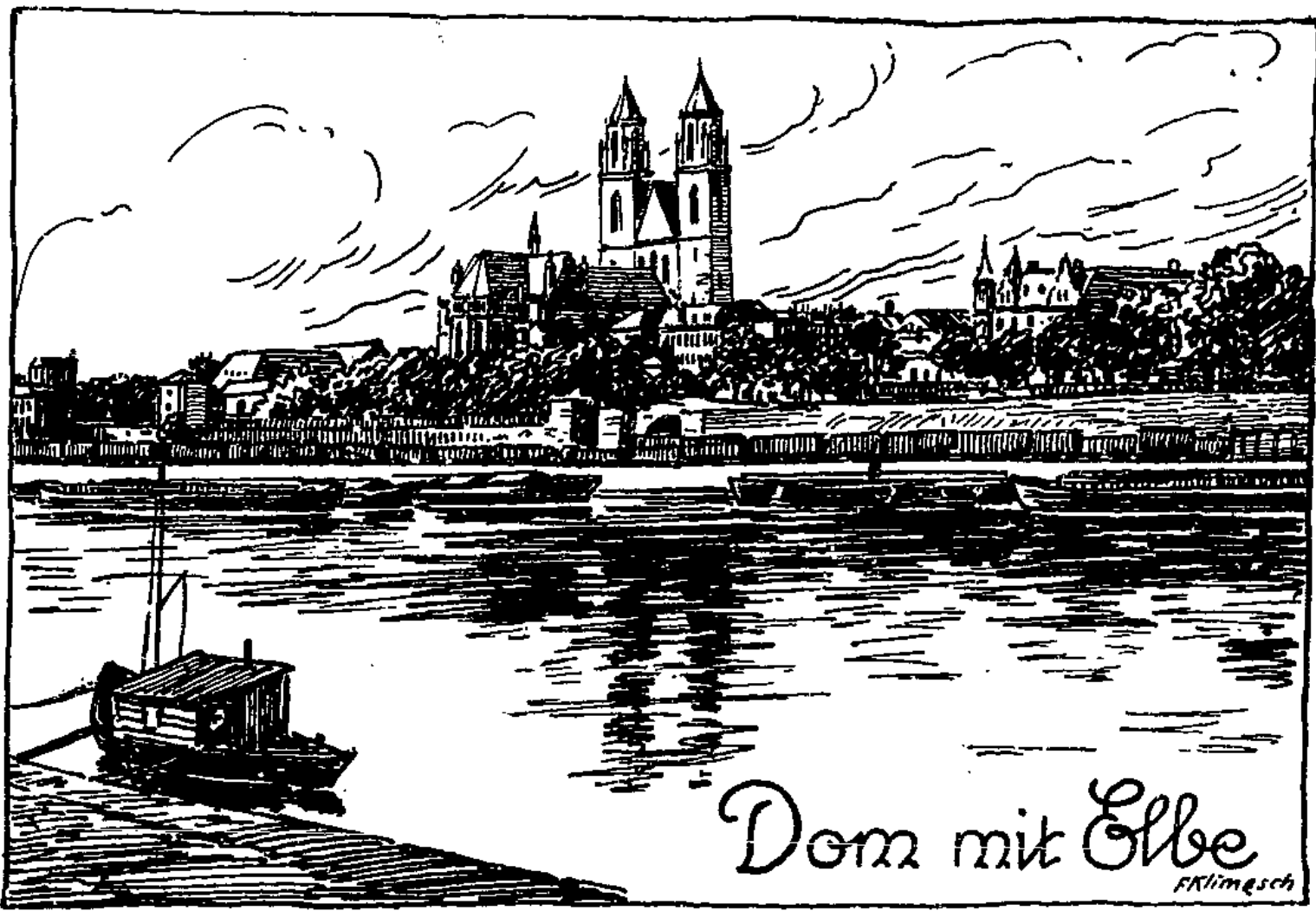
schlechten Lohnverhältnisse künftig führen müssen, bedingen, daß nicht das unorganisierte Drittel der Porzellanarbeiterschaft den Unternehmern als Hilfstruppe bereitsteht und unter Umständen den Kämpfenden in die Arme fällt.

Die vorläufige Tagesordnung hat sechs Punkte und ent-hält Beratungsstoff für mehrere Tage, aber wenn sie er-weitert werden sollte, gäbe es noch weit wichtigere Ange-legenheiten, als wie die Zahlstelle Althaldensleben beantragte.

Mit diesen Darlegungen sind die wichtigsten Haupt-punkte gestreift, die die Generalversammlung zu erledigen hat. Sie sollen mit zur Anregung dienen und auch zur Klärung der Meinungen beitragen. Das ist ihr eigentlicher Zweck.

Gemeinschaftliches Zusammenarbeiten wird es ermög-lichen, daß die Generalversammlung zu zielführenden Be-schlüssen kommt. Sie werden uns den Kampf gegen das hartnäckige Unternehmertum erleichtern und uns instand-setzen, den Ausbau als Kampforganisation zu betätigen. Zu dieser verantwortlichen Arbeit im Dienste der Gewerkschafts-bewegung der Generalversammlung die besten Wünsche.

Seid gegrüßt zum organisationsfördernden Wirken!



einem Kampffonds anzusammeln. Sollte es etwa inzwischen wieder vergessen worden sein, daß wir in der Inflationszeit unsere zurückgelegten Gelder verloren haben und daß wir erst ein einziges, aber sehr kam-reiches Jahr, hinter uns haben, in dem es unmöglich war, alle gestellten Anforderungen zu erfüllen und auch nur einen Pfennig für die Zukunft zurückzulegen? Das erste Stabilisierungsjahr 1924 hat uns gezeigt, daß eine große Beitrags-schinderei getrieben wurde. Es ist unmöglich, mit Durch-schnittsbeiträgen von 22,6 bzw. 24,3 Pf. allen Anforderun-gen gerecht zu werden. Die Generalversammlung muß des-halb das Uebel bei der Wurzel anfassen und Beschlüsse tätigen, die das Beitrags-schinden unmöglich machen. Mit den niedrigen Durchschnittsbeiträgen einer Anzahl Zahlstellen sind nicht einmal die Verwaltungskosten gedeckt, wovon sollen dann noch die jetzt bestehenden Unter-stützungen bezahlt oder gar Kämpfe geführt werden.

Aus dem Jahresbericht des Kollegen Herden geht ja mit aller Deutlichkeit hervor, wie unsere Klassenverhältnisse liegen und weiter, daß sie unbedingt eine Besserung erfahren müssen.

Die Delegierten und alle Verwaltungen unseres Ver-bandes werden nachdrücklich auf den Klassenbericht des

Willkommen in Magdeburg!

Die letzte Generalversammlung in Dresden hatte eigentlich Coburg als Tagungsort der diesjährigen bestimmt. Da jedoch die Coburger Kollegen ablehnten, trat der Hauptvorstand dem Wunsche der Magdeburger Mitgliedschaft bei und wählte Magdeburg zum Generalversammlungsort. Der Bescheid war kein Fehlgang, denn diese Stadt kann wohl alles bieten, was man billigerweise von einem Kongressort verlangt. Sie liegt in der Mitte Deutschlands, an der Elbe, in günstiger Verkehrslage, weshalb es allen unseren Delegierten möglich sein wird, ohne besondere Umstände mit der Bahn Magdeburg zu erreichen.

Die Stadt vermag bei ihrer Einwohnerzahl von rund 300 000 immerhin Wissens- und Sehenswertes, aber auch Unterhaltung zu bieten, trotzdem sie in städtebaulicher und künstlerischer Hinsicht nicht zu den berühmtesten gehört. In den Nachkriegsjahren wurde über sie als bunte Stadt ja vielfach geredet und geschrieben und unsere Kollegen werden besonders auf diese Eigenheit verwiesen, nur möchten sie bei ihrem Urteil das wirklich künstlerische neugotische Bauen und Gestalten der Häuserfronten von dem schandigen Kitsch unterscheiden. Erfreulich wäre es für alle Großstädte, wenn sich die farbenfrohen Anfänge der Neuzeit, wie sie Magdeburg zeigt, zur allmählichen Reife entwickeln würden.

Wer sich in Magdeburg umschaut, wird manches finden, was fesselt, mögen es nun bunte Häuser, expressionistische Anschlagssäulen oder Ladeneingänge, das Guerideobauwerk und der alte würdige im gotischen Stil erbaute Dom sein. Je nach Veranlagung und Geschmack werden die Eindrücke wirken und sich zu Erinnerungen freundlicher Art gestalten. Auch die Binnenschiffahrtsanlagen bieten Bilder, die unterhaltend und anregend genannt werden können.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse bestimmen allgemein den jeweiligen Stand und die Entwicklung eines Gemeinwesens in allen Epochen. Das zeigt sich auch bei Magdeburg.

Als mitteldeutscher Elbilbergang hatte es über ein Jahrtausend Bedeutung und alle über die Siedelung bestimmenden Nachthaber machten sich dies zunutze, bauten militärische Befestigungen und schufen Anlagen, deren Ende erst das jüngste Jahrzehnt besiegelte. Hauptsächlich sind damit die Kriegsepochen endgültig abgeschlossen und ihre Kennzeichen, wie Kriegerelemente und Gefallenensymbole, verfallen auch einmal dem Zahn der Zeit, wie die militärischen Überreste der Vergangenheit und künden damit Frieden und Völkerverständigung an.

Die Beherrscher Magdeburgs zogen nicht nur Macht und Stärke aus seiner Befestigungslage, sondern noch mehr aus dem fruchtbaren Boden der Börde, dem gesegneten Strich Lösslandes gegen Braunschweig zu, auf dem Jahrtausende hindurch reiche Ernte den Anbau aller landwirtschaftlichen Edelfrüchte lohnte. Die Ausbeute der Börde brachte ihren Besitzern stets großen Reichtum, wovon heute

noch das Wahrzeichen des Kirchenregiments, der Magdeburger Dom, uns nach Jahrhunderten Kunde gibt. Auch in der Gegenwart ist es noch so. Die Rührhaken des unermüdet spendenden Völkchens sind heute noch wirtschaftlich und politisch bestimmende Gebiete, die nur unterlassen, künstlerisch hervorragende Wahrzeichen ihrer Zeit wie ehemals zu errichten. Wohl ist ihre politische Macht infolge der umwälzenden Ereignisse des letzten Jahrzehnts etwas beschnitten worden, aber wirtschaftlich sind sie noch mächtig.

Dieser günstige landwirtschaftliche Umstand hat bewirkt, daß gegenwärtig Magdeburg der Mittelpunkt der deutschen Zuckerindustrie und ein Weltzuckermarkt ist, weil es mit seinem zuckerrübenbauenden Hinterland und seiner zentralen Verkehrslage für Eisenbahn und Schifffahrt sich am besten dazu eignet. Auch andere Industrien sind durch den Obst-, Gemüse-, Kohl- und Getreidebau angeregt worden und entwickeln sich günstig, desgleichen der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Wenn der Mittelstand seiner Vollendung entgegengeht, erlangt Magdeburg als Binnenschiffahrtsplatz unzweifelhaft eine noch größere Bedeutung.

Mit der Industrieentwicklung war auch die der Arbeiterbewegung verbunden. Einer ihrer frühesten

Magdeburger Arbeiter ihren ersten sozialdemokratischen Vertreter in den Reichstag und seitdem befaßte sich ihr politischer Einfluß immer mehr aus, so daß heute ein Sozialdemokrat als Oberpräsident der Provinz Sachsen mit seinem Sitz in Magdeburg und sozialdemokratische Bürgermeister der Kommune mitwirken können.

Der Gewerkschaftsbewegung verleihte das Sozialistengesetz im letzten Jahre seines Bestehens, 1889, noch einen schweren Schlag. Ein angestrengter Prozeß brachte in seiner Entscheidung 1890 das Verbot sämtlicher freien Fachvereine und Gewerkschaftsfilialen und weitere Verfolgung durch die Polizei. Das blinde Wüten konnte jedoch das Vorwärtsschreiten der freien Gewerkschaften nicht aufhalten. Im Jahre 1895 wurde ein Agitationskomitee gebildet, 1900 nahm das Gewerkschaftsstatut seine Tätigkeit auf, 1901 stellten die Metallarbeiter ihren ersten Beamten an und heute stehen 40 000 freigestellte Mitglieder in ihren Verbänden, deren nächstes örtliches Ziel die Errichtung eines modernen Gewerkschaftshauses sein wird. Der Platz in der günstigen Lage der Stadt ist gekauft und in den nächsten drei Jahren soll die Stätte errichtet werden.

Die feinkeramische Industrie ist in Magdeburg um seiner Umgebung (Altstadt, Neustadt, Neuhaldensleben) durch Steingutbetriebe vertreten. Von allen Lokalorganisa-

sationen der Porzellaner existiert noch ein Rassenbuch aus dem Jahre 1883 und eine alte Fahne mit den gegenwärtigen Reichsfarben schwarzrotgold an den Mäandern. Sie wird im Tagungslokal gezeigt. Ein alter Magdeburger Kollege hat bei seinem Eintritt in den Lokalverein noch auf sie geschworen. In den 1870er Jahren gehörten eine Anzahl Steingutarbeiter der Kranken- und Sterbekasse der Porzellan- und Glasarbeiter und der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaft an, die bei der Verschmelzung mit zu unserm jetzigen Verband übertraten. Unter dem Namen „Magdeburger Verband“, aus dem später der Selber Verband wurde, hielt sich unter recht kümmerlichen Verhältnissen eine kleine Porzellangerwerkschaft, die nicht immer eine einwandfreie Rolle spielte.

Zum Glück sind diese Zeiten überwunden. Die Magdeburger Kollegen und Kolleginnen haben sich mit wenigen Ausnahmen unserem Verbande angeschlossen und stellen eine rührige kampfgewillte Mitgliedschaft seit 1902 dar.

Sie freuen sich, die gewählten Vertreter unseres Verbandes in ihrer Stadt begrüßen zu können und wünschen

ihnen erfolgreiche Arbeit zum Wohle der organisierten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen und der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Möge es der Generalversammlung gelingen, unserem Wunsche in volstem Maße Ausdruck zu verleihen.

Seid uns willkommen!



Vorkämpfer, Wilhelm Weitling, wurde im Jahre 1808 dort geboren, von dessen Schriften „Garantien der Harmonie und Freiheit“ heute noch lesens- und anschauenswert sind. Trotz scharfer Bekämpfung, Bedrückung und Verfolgung durch Polizei und Staatsanwaltschaft konnte das Fortschreiten der sozialistischen Arbeiterschaft auch während der Wirksamkeit des Sozialistengesetzes nicht aufgehalten werden. Schon im Jahre 1884 sandten die

Der 12. Gewerkschaftskongreß in Breslau.

Wirtschaft und Gewerkschaften.

Der Gewerkschaftskongreß erreichte einen besonderen Höhepunkt, als der Professor Genosse Dr. Hermberg, Leipzig, über die deutsche Wirtschaft sprach. Es ist falsch, die Krisen der heutigen Wirtschaft als durch Krieg und Nachkriegszeit zu erklären und unabänderliche Tatsachen aufzuführen. Trotz Krieg und Inflation ließe sich vieles ändern. Festzuhalten ist vor allen Dingen, daß wir heute keinen Rohstoffmangel, sondern in der Hauptfrage Absatzschwierigkeiten zu verzeichnen haben. Entscheidend für den Lebenspielraum ist die Rohstoffbasis nicht, auch nicht die politische Machtlosigkeit trägt daran die Schuld. Die Krise der Wirtschaft wird in der kapitalistischen Auffassung weiter darauf zurückgeführt, daß die deutsche Wirtschaft mit Lasten aller Art beladen sei. Diese Vorbelastung sei es, so erklärten sie, die den Produktionsprozeß außerordentlich erschweren. Demgegenüber ist festzustellen, daß andere Länder weit mehr eine Steigerung der öffentlichen und sozialen Lasten zu verzeichnen haben, als dies in Deutschland der Fall ist. Diese beträgt in England das Vierfache, in Amerika das Fünffache, und in der Schweiz das Dreifache.

Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch den Friedensvertrag und die sozialen Abgaben wird aber reichlich ausgeglichen durch die verhältnismäßig niedrigen deutschen Löhne. Während wir in anderen Ländern eine Steigerung der Goldlöhne bis zu 300 Proz. zu verzeichnen haben, so ist die deutsche Goldlohn von heute nur eine Steigerung auf 136 Proz. für ungelernete und auf 132 Proz. für gelernte Arbeiter auf. Bestenfalls kann man eine Steigerung der Goldlöhne um 50 Prozent annehmen. Die Ertragsmarge der Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenüber den europäischen Durchschnittskonkurrenzen beträgt 30 Pf. pro Stunde für den gelernten und 20 Pf. für den ungelerten Arbeiter. Für die Gewerkschaften der Arbeiter Deutschlands berechnet, macht dies eine Grippe von 8 Milliarden Mark im Jahre aus. Selbst bei Annahme von höherer Quellen könne immer noch eine Grippe von 4 Milliarden Mark auf das Entlastungskonto verbucht werden. Die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft wird durch diese Tatsache vollständig aufgehoben.

Der Grund der deutschen Konkurrenzlosigkeit liegt einzig und allein in der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der Produktionsbetriebe. Die Unternehmer verlangen die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, einerseits durch die Monopolisierung des Inlandsmarktes und durch das einseitige, aber gefährliche Mittel: Herabsetzung der Löhne. Die Gewerkschaften sind bemüht, dem mit allen Mitteln entgegenzuwirken; deshalb ist es notwendig, den Kampf um Erhöhung der Löhne zu führen, und vor allem die lange Fixierung der gegenwärtigen Löhne durch Tarifverträge zu verhindern. Die Preisabnackung der Regierung setzt

Verhältnisse voraus, die heute absolut nicht gegeben sind, weshalb sich die Aktion zu einer Komödie auswirkt. Ein Preisabbau ist in einer ungezügelter Wirtschaft unmöglich. Die Gewerkschaften dürfen sich durch solche Aktionen von ihrem gerechten Kampfe um kurzfristige hohe Löhne nicht abhalten lassen.

Von einer Wirtschaftsführung, die mit Betriebsführung durchaus nicht identisch ist, kann heute in Deutschland nicht gesprochen werden. Die kapitalistische Wirtschaft ist heute anarchisch denn je. Demgegenüber ist es ein erhebendes Gefühl, den großen Faktor der Volkswirtschaft, die Arbeit, geschlossen in den Gewerkschaften zusammengefaßt zu sehen. Die Gewerkschaften schützen hier eines der wertvollsten Güter der Wirtschaft und ihre Aufgabe ist und bleibt es, den Kampf um den Lohn und die Freiheit der Arbeiter zu führen. Der bestgerüstete Arbeiter hat sich noch immer als der beste Kämpfer erwiesen. Der Mensch muß gegen die Wirtschaft der Unternehmer verteidigt werden; die Gewerkschaften sind die einzige Macht, diesen Kampf zu führen.

Die Frage der Wirtschaftsdemokratie wurde vom Kollegen Hermann Fädel (Textilarbeiter-Verband), behandelt. Man kann nicht von einer neuen deutschen Krise sprechen, sondern muß festhalten, daß die Krise international ist. In allen Ländern ist es gezeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft zur Überwindung dieser Krise unfähig ist. Man verlange überall, besonders in Deutschland, eine Steigerung der Ertragskraft der Arbeit. Dies führt dazu, daß die Mechanisierung, wie wir sie in Amerika sehen, ungeheure Fortschritte macht. Doch in dieser Mechanisierung, wie sie von Taylor und Ford entwickelt wurde, kann nie und nimmer das Heil der Menschheit gesehen werden. Vielmehr muß die persönliche Energie des einzelnen Arbeiters zur Ausbildung gelangen. Darüber hinaus muß eine Demokratisierung der Wirtschaft erstrebt werden. Diesem Bestreben setzen die Unternehmer den heftigsten Widerstand entgegen. Mit der größeren Nachdruck ist eine Wirtschaftsdemokratie von der Arbeiterschaft zu fordern. Es ist notwendig, darauf hinzuwirken, daß dies nur im scharfen Kampfe mit dem Unternehmertum zustande gebracht werden kann. Doch man sollte sich über eins nicht im Unklaren sein, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft nur von einer intellektuell gesuchten Arbeiterschaft verwirklicht werden kann. Die Arbeiterschaft muß den Wirtschaftsprozess mit ihrem Geiste zu durchdringen versuchen.

Aber noch andere Wege sind beschritten worden, und hier ist besonders auf die praktische Wirtschaftsführung durch die Arbeiter in den Konsumgenossenschaften, in der Bauhüttenbewegung und den Arbeiterbanken zu verweisen. Ein anderer Weg, die Demokratisierung der Wirtschaft zu erreichen, ist die Einflußnahme des Staates und der Kommunen auf wirtschaftliche Betriebe.

Doch darüber hinaus muß die Errichtung eines Wirtschaftsparlaments gefordert werden. In Deutschland bestehen Handels- und Wirtschaftskammern der Unternehmer. Hier befinden sich teilweise die Schalthebel der Wirtschaft und die Arbeiterschaft muß versuchen, durch paritätische Teilnahme den Einfluß zu gewinnen. Die arbeitenden Massen Deutschlands müssen ein gleichberechtigtes Glied der Wirtschaft und Gesellschaft sein. Neben dem demokratischen Staat muß eine demokratische Wirtschaft errichtet werden. Von dieser Plattform aus ist der Sozialismus leichter zu erringen.

Die Diskussion über diese zwei großen Fragen stand auf einer bemerkenswerten Höhe. Das bereits von den beiden Referenten vorgebrachte Material wurde noch wesentlich durch die Diskussionsredner ergänzt. Kollege Eggert wies besonders auf die außerordentlich wichtige Frage der Volkseigenen Wirtschaft hin, wodurch bewiesen sei, daß eine wirtschaftspolitische Führung in Deutschland in dieser Frage dennoch vorhanden ist. Die Volkseigenen Wirtschaft ist eine große Volkseigenen Bewegung der besitzenden Klassen. Das der Öffentlichkeit unterbreitete Zahlenmaterial über die passiven Handelsbilanz ist falsch. Gefährlich ist deshalb, durch Einschränkung des Verbrauchs und eine ungesunde Steigerung des Exports den Ausgleich der Handelsbilanz herbeizuführen. Die Kollegen H. M. Breit, Tarnow und H. Schmitz machten noch bemerkenswerte Ausführungen. Die Frage wurde scharf umstritten, ob man reine Arbeiterkammern oder paritätische Bewegung der Unternehmerkammern fordern soll. Der Kongreß entschied sich durch Annahme der Entschließung des Bundesvorstandes, die paritätische Kammern vorseht.

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland

wurde vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hermann Müller in einem erhellenden Referat behandelt. Die Sozialpolitik ist, wie alle Gesetze eines Landes von den politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen abhängig. In der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein Stillstand eingetreten. So ist das Tarifrecht noch nicht weiter ausgebaut worden. Sogar die Gerichte Wertverträge als gültig erklärt. Ein Wertvertrag darf unter keinen Umständen Tarifgesetzen bekommen, das muß hauptsächlich von den Betriebsräten achtet werden. Das Schlichtungswesen hat zu Mißbilligung Anlaß gegeben, nachdem die Verbandsleiterklärung von den Gewerkschaften so einseitig erfolgt. Hier muß darauf gedrungen werden, daß der soziale Geist das beherrschende Motiv wird. Bezüglich der Arbeitsgerichte liegt ein neuer Entwurf der Regierung vor. Die Wünsche der Gewerkschaften sind hier wenig berücksichtigt worden. Wenn sich die Arbeiterschaft genügend Macht und Einfluß zu verschaffen versteht, kann das Gesetz bei der endgültigen Verabschiedung genügend ausgestaltet werden. Das Problem

des Versicherungswesens harret ebenfalls noch der Ausgestaltung. Das Fürsorgeprinzip ist gewiß erstrebenswert, doch ist die Zeit hierfür noch nicht reif. Dagegen gilt es, das jetzt Bestehende auszugestalten. Mit der Beitragsleistung muß ein Rechtsanspruch verbunden werden. Die Arbeitslosenversicherung befindet sich ebenfalls noch im Anfangsstadium; hier ist vor allem zu fordern, daß alle Arbeiterkategorien erfasst werden. Die Leistungen müssen so gestaltet werden, daß sie ausreichend sind. Vor allem fehlt der Sozialversicherung die Einheitlichkeit, wie dies auch auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf gefordert wurde. Auf dem Gebiete des Krankentassenwesens werden noch immer von den Unternehmern Betriebs- und Krankenentlassen gefordert. Die Unternehmer und die bürgerlichen Parteien wehren sich mit Rücksicht auf die angeblich zu hohe soziale Belastung gegen jeden weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung. Hierbei bedienen sie sich vollständig falscher Zahlen, die bereits von unserer Seite richtig gestellt wurden. Der Kampf der Gewerkschaften für eine einheitliche Sozialversicherung wird weiter gehen. Möge der Kongreß durch die Annahme der Entschließung die Arbeit des Bundes mit Nachdruck unterstützen.

In der Diskussion zu diesem Punkte wurde noch umfangreiches Material vorgebracht, so daß der Eindruck bei den Delegierten allgemein war, daß es noch vieler Mühe und eines harten Kampfes bedürfe, ehe die Sozialgesetzgebung so gestaltet sei, daß die Arbeiterklasse gegen jede Unbill genügend geschützt sei. Fast auf keinem Gebiete entscheidet aber das organisierte Kräfteverhältnis den Fortgang der Entwicklung so wie hier. Die Entschließung des Bundes wurde einstimmig angenommen. Eine weitere Entschließung, die den Ausbau der Arbeitslosenversicherung fordert, gelangte ebenfalls zur Annahme. Wegen der Einführung des Zünftzwanges wendet sich eine weitere Entschließung zum Reichshandwerkesgesetz.

Die Organisationsfrage

bekannt der 2. Bundesvorsitzende, Kollege Graßmann. Rechner leitet seine Ausführungen mit einem geschichtlichen Rückblick ein. Die Organisationsfrage wird auf den Gewerkschaftskongressen behandelt, seitdem es solche gibt. Kollege Graßmann schildert dann die Tätigkeit der vom Bundesrat eingesetzten Kommission nach dem Leipziger Gewerkschaftskongreß. Eine befriedigende Einigung sei nicht erzielt worden, im Gegenteil drohte diese Frage zur Zersplitterung des Bundes zu führen. So mußte nach einer Einigung gesucht werden, die den verschiedenen Wünschen möglichst gerecht zu werden vermöge. Das so zustandegekommene Kompromiß finde seinen Ausdruck in der Entschließung des Bundes. Diese sieht die Weiterentwicklung der Verbände vor, jedoch soll sich diese ohne jeden Zwang vollziehen und den einzelnen Berufsverbänden in freier Entscheidung überlassen bleiben. Gleichzeitig erfolgte eine Aenderung der Bundesstatuten, die der Entschließung des Bundes Rechnung trägt. Kartellverträge sollen den Weg der Verständigung ebnen. Beiden Richtungen ist es schwer gefallen, den Kompromiß zuzustimmen, aber im Interesse der Einheitlichkeit des Bundes ist dies geschehen. Der Geist der Veröhnlichkeit muß auch in Zukunft herrschen.

Eine Diskussion fand über diesen Punkt nicht statt. Von mehreren Vorstehenden großer Verbände wurden Erklärungen abgegeben. Die Entschließung des Bundesvorstandes wurde gegen die Stimmen der Metallarbeiter angenommen.

Die Wahl des Bundesvorstandes hatte folgendes Ergebnis: Leipziger, Vorsitzender: Graßmann und Müller, stellvertretende Vorsitzende: Kube, Kassierer: Imbrecht, Rechner: Knoll und Eggert, Sekretäre: Als Weißhagen wurden die Genossen Bachert, Brunner, Bruns, Jädel, Janisch, Sabath, Georg Schmidt, Silberhühner und Scheffel gewählt. Kollege Leipziger dankt für die Wahl.

Da die Zeit noch nicht zu weit vorgeschritten war, erhielten die ausländischen Gäste ihrerseits Gelegenheit, Ansprachen zu halten. Die ausländischen Redner hoben die hohe Bedeutung des Kongresses hervor und gaben der Meinung Ausdruck, daß die ausländischen Bruderorganisationen Nutzen aus den Beratungen ziehen werden. Als Vertreter des Internationalen

Bundes richtet der Genosse Mertens-Brüssel in deutscher Sprache warme Worte an den Kongreß, wobei er besonders auf die Wichtigkeit des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse bezüglich der Sicherung des europäischen Friedens hinweist.

Der Vorsitzende, Kollege Brandes, hielt das Schlusswort. Er fasste die Arbeiten des Kongresses zusammen und unterstrich die Mühe und Sachlichkeit, mit der der Kongreß seine Arbeiten erledigen konnte. Er dankte vor allem der Breslauer Arbeiterklasse für ihre Gastfreundschaft und das lebhafteste Interesse, mit der sie den Verhandlungen gefolgt seien. Mit einem Hoch auf die deutschen Gewerkschaften und die Arbeiter aller Internationalen wurde der Kongreß geschlossen.

Zum Abschluß des Gewerkschaftskongresses.

Der Gewerkschaftskongreß vermochte seine umfangreiche Tagesordnung in gut vier Tagen zu erledigen. Unter den Tagesordnungspunkten befanden sich nicht nur große und dringende Probleme der Wirtschaft und der Sozialpolitik, sondern auch so heikle Fragen, wie die Organisationsform usw. Und dennoch war eine glatte Abwicklung der Tagesordnung möglich, vollzogen sich alles reibungslos. Die allgemeine wirtschaftliche und politische Situation, in der der Kongreß tagte, war von trübenden Erscheinungen begleitet. Der eben vollendete Kampf im Kaugewerbe, die Konflikte in der Textilindustrie, bei der Reichsbahn usw. gaben Zeugnis von der geschwängerten Luft im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit. Die Zollerbelastung steht vor der Einführung und wird die Lebenshaltung der Masse empfindlich schmälern. Dahinter eine Regierung, die den Kampf gegen die Forderung mit dilettantischen Mitteln zu betreiben verliert.

In diesem Wirrwarr allerorts tagte das Parlament der Arbeit. Kein Wunder, daß große Kreise des In- und Auslandes nach Breslau blickten, allwo ein geschlossener Block von

gängern vorteilhaft ausgezeichnete, deutete selbst ein bürgerliches Blatt, wie die „Frankfurter Zeitung“, vollkommen richtig mit folgenden Worten: „Man darf das wohl als ein äußeres Zeichen starker Geschlossenheit, keineswegs als müde Resignation abgeklammert werden.“ Muße und Sachlichkeit herrschte selbst bei dem heissen Tagesordnungspunkt über die Organisationsform, obwohl es hier nicht allen Delegierten, besonders den Stürmern der Industrieverbände gerade leicht fiel. Doch war nicht zuletzt der ruhige Gang der Verhandlungen der Tatsache zuzuschreiben, daß auf dem Kongreß nur zwei Delegierte sich als zur kommunistischen Partei gehörig bezeichneten. Diese kleine kommunistische „Fraktion“ war der beste Beweis dafür, daß die kommunistische Offensive zur Eroberung der Gewerkschaften zusammengebrochen ist. Eine Gefühlsregung, die zu begrüßen ist.

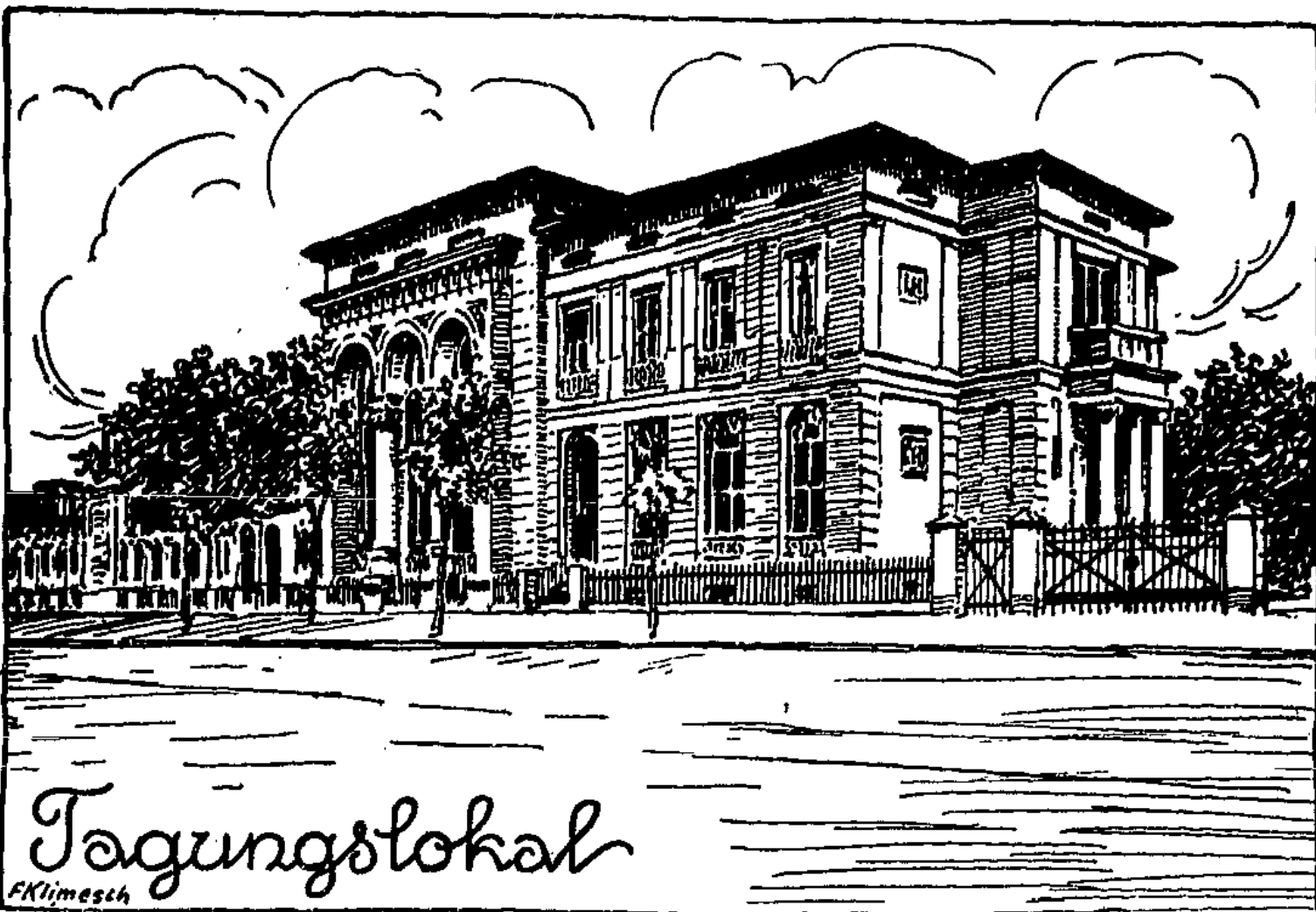
Der gute Verlauf der Verhandlungen war ein Triumph der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Währenddessen die Öffentlichkeit noch von den geräuschvollen Mitgliederrechnungen der Gewerkschaften der Unternehmerorganisationen widerhallte, haben die Gewerkschaftsvertreter in Breslau geschlossen beieinander, fasten läßt ihre Beschlüsse, formulierten scharf und sachlich die Forderungen an Staat und Gesellschaft. Die Bauarbeiterbewegung hatte wenige Tage vor dem Kongreß das Merkmal einer geschlossenen Unternehmerrfront zu verzeichnen gehabt. Der Breslauer Kongreß nahm diesen Umstand gefassen zur Kenntnis und betonte seinerseits die geschlossene Front der Arbeiterklasse.

Die Verhandlungen im einzelnen bitten wir aus den Berichten zu verfolgen. Der Kollege Leipziger hatte in Breslau gute Tage, was er sagte, war pointiert, konnte von der Meinung und den Unternehmern nicht mißverstanden werden. Leipziger sprach ja nicht für sich selbst, sondern im Namen vieler Millionen. Die von den Hauptreferenten Hermsberg, Jädel und Müller erörterten Probleme verdienen es, eifrig studiert zu werden. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist mit der Wirtschaft so eng verbunden, daß die Wirtschaftsprobleme der Zukunft gründlich durchdacht werden müssen. Das von den Rednern des Gewerkschaftskongresses vorgelegte Material sollte deshalb wohl beachtet werden. Zur Organisationsfrage wurde die Entschließung des Bundes angenommen. Sie war im allgemeinen befriedigend; aber schließlich siegte die Erkenntnis, daß es vor allem notwendig sei, die Einheit des Bundes aufrechtzuerhalten.

Der Kongreß konnte sich auch der neuen Anteilnahme der ausländischen Gäste erfreuen. Kein Wunder, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung war die Mutter der Gewerkschaftsinternationalen. Die Ansprachen der ausländischen Genossen waren ein deutsches Zeichen der internationalen Solidarität, ein Hoffnungszeichen, daß es trotz aller Hindernisse einmal zu einem Bündnis der Arbeiterklasse aller Völker und dadurch zu einem Bunde der Nationen kommen muß. Der Genosse Mertens, Brüssel, als Vorsitzender des IGB, wurde nach seiner in deutscher Sprache gehaltenen Schlussrede stürmisch gefeiert, ein Beweis, daß der Kongreß mit den Worten des Redners einverstanden war.

Nicht vergessen werden soll die Breslauer Arbeiterklasse. Die dortigen Genossen hatten alles getan, um bei den Delegierten ein bleibendes Andenken an Breslau zu erhalten. Der Jädelzug am letzten Verhandlungstage war ein Zeugnis gewaltiger organisatorischer Kraft. Bei dem Auszug nach dem Hoben-Gebirge waren die organisierten Arbeiter des flachen Landes spät abends hunderteit herbeigeeilt, um den Zug der Delegierten unter jubelnder Begeisterung zu begrüßen. Namentlich die ausländischen Genossen waren von einer solchen Anteilnahme der schlesischen Arbeiter sichtlich ergriffen.

Gewerkschaftskongresse sind Meilensteine in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Der Breslauer Kongreß wird in der Geschichte seinen besonderen Platz erhalten. Das war der Eindruck jedes Delegierten. Möge dies auch die breite Masse der Arbeiter in Fabrik, Werkstatt und Bauplätzen empfinden und die in Breslau gefassten Beschlüsse zum Wohle der arbeitenden Bevölkerung überall zur Wirklichkeit werden lassen.



Tagungslokal
Klimesch

4,5 Millionen strafforganisierter Arbeiter durch seine Führer vertreten war. Denn mögen auch die Gegner im Unternehmerlager spötteln, eine solche Massenorganisation wie der IGB gibt es nur einmal in Deutschland und hat seinesgleichen auch sonst nicht in der Welt. Um wieviel größer ist die Macht, die dieser lebendige Koloss ausstrahlt, wenn einheitlicher Wille, geschlossenes Vorgehen, fester Mut und kluge Taktik die leitenden Motive einer solchen Massenorganisation sind.

Einer Aufgabe gemäß hat der Breslauer Kongreß die Etappen auf dem Wege zur vollendeten Wirtschaftsdemokratie fest umrissen und nach all den Jahren verschwommener Vorfälle wieder greifbare Programmpunkte aufgestellt, die die Interessen der Arbeiterklasse mit aller Klarheit verfesten und Staat und Wirtschaft auf ihre Pflicht gegenüber dem Faktor lebendiger Arbeit ermahnen. Die Ruhe und Sachlichkeit, die den diesjährigen Gewerkschaftskongreß von seinen beiden Vor-

Vertrauensleutekonferenz der Zahntstellen in Magdeburg.

Der 6. September war einer Zusammenkunft der Vertrauensleute unserer Zahntstelle gewidmet. Schon lange hatten die Magdeburger Kollegen gewünscht, einen Vertreter des Hauptverbandes unter sich zu haben. An diesem Sonntag ging es in Erfüllung. Die Kollegen Wollmann und Krenninger kamen auf der Rückreise vom Gewerkschaftskongreß zu uns, beglückten unser Gauleiter, Kollege Griesbach. Die Vertrauensleute der Zahntstelle waren mit wenigen Ausnahmen der Einladung zu der Konferenz gefolgt, in der Kollege Krenninger in einem Referat die Bedeutung des Zusammenschlusses der Wirtschaftskräfte in großen Organisationen kennzeichnete. An der Entwicklung unserer Industrie gab er den Anweisungen ein Bild von den uns im Unternehmerlager entgegenstehenden Mächten, die wir als Verband bei unseren Maßnahmen in bezug auf Kämpfe zu berücksichtigen haben. Der Redner verwies dabei speziell auf die Konzentrationsbewegung in der Porzellanindustrie, die unter Beihilfe großer Bankinstitute vor sich gegangen ist. An Hand von einwandfreien Zahlen bezeugte er die Produktionsleistungen unserer Industrie, den Abfall nach dem In- und Ausland und seine Verteilung auf die verschiedenen Staaten. Er verfolgte dabei die Absicht, vor allem den Blick der Betriebsfunktionäre auf wichtige Wirtschaftsvorgänge der Porzellanindustrie zu lenken, denn mit der steigenden Bedeutung der Gewerkschaften im Wirtschaftsleben muß der Blick der Funktionäre für die Zusammenhänge der Wirtschaft frei werden. Wie stark die Porzellan- und Steingutindustrie in den Nachkriegsjahren an dem Wiederaufstieg ihrer Industrie beteiligt war, konnte Kollege Krenninger an überzeugenden Vergleichszahlen bezeugen. Er stellte nämlich die prozentualen Steigerungen der Beschäftigten und der Produktionsmengen an Porzellan- und Steingut fest und kam dabei zu dem Ergebnis, daß die Steigerung der Produktionsmengen trotz Verfürzung der Arbeitszeit erheblich über der der Beschäftigten liegt. Die Feststellungen werden demnach, in einer Broschüre verarbeitet, den Mitgliedschaften überreicht.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen kam der Referent auf die Gestaltung unserer Verbände in den letzten Jahren zu sprechen. Aus der verheerenden Inflationszeit retteten wir nach drei Akkordposten, nämlich: das Tarifwesen, das Verbandshaus und die unermüdete Tätigkeit unserer Funktionäre. Mit Hilfe der letzteren muß es uns möglich sein, die schlimme Krankheit, genannt Beitragskinder, zu überwinden und den Verband wieder auf die Höhe zu bringen, die es mehr ermöglicht, die Kollegenschaft zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen zu lassen. Mit der Mahnung, einig zu bleiben, Mißtrauen zu beseitigen und Disziplin

in vollem Maße zu üben, schloß der Referent seine beifällig aufgenommenen Darlegungen.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Könisch, Pleinert, Buhl, Liffon, Wollmann und Griesbach.

Kollege Wollmann zeigte an Hand seiner vielseitigen Erfahrungen, wie weit die Porzellanarbeiterschaft mit Hilfe der Gewerkschaft schon gekommen ist und zog daraus den richtigen Schluß, daß, je fester der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist, desto größer die Macht und die Erfolge des Verbandes sich auswirken. Nur die starke geschlossene Organisation birgt die Vorteile für die Kollegenschaft in sich, die von ihr erhofft werden.

Nach der Ermahnung des Leiters, Kollegen Krenninger, man, das Gehörte zu beherzigen, wurde die Konferenz geschlossen.

Mit dem Bewußtsein, gern einen Sonntagnachmittag für die Verbandstätigkeit zum Nutzen der Mitgliedschaft geopfert zu haben, trennten sich die Konferenzteilnehmer.

Von der Keramikindustrie.

Billige Preisvergrößerung. In der Nachkriegszeit wurden in Schönwald, Oberfranken, drei neue Porzellanfabriken mit acht Kundsöfen erbaut. Der Geschäftsgang war immer ein guter, aber die Kreditverfälschung 1924 und zum Teil die nicht sachmännische Leitung zwang die drei Betriebe Ende 1924 und Anfang 1925 zum Konkurs und Verkauf. Aus diesen Konkursen, die keinesfalls als Beweis für die von den Unternehmern stets betonte schlechte Lage der Porzellanindustrie gelten dürfen, haben Aktiengesellschaften am Ort eine Preisvergrößerung machen können, die ihnen fast nichts kostete, aber andererseits zeigt, daß es mit der stets betonten Not und Unrentabilität der Werke nicht stimmt. Dieses Geschehen wird nur angeführt, um der werkschaftlichen Arbeiterklasse ihren Anteil so klar als möglich zu gestalten. — Die Porzellanfabrik Dümmler & Co., bestehend aus drei Teilen mit allen Nebenabteilungen und großem Wohnhaus, direkt am Bahnhof gelegen, hat einen Wert von mindestens 200.000 Mk. und ging um 100.000 Mk. an die Firma C. und A. Müller, A.-G., Schönwald, über. Sie wird, nachdem nun die Umbauten fast fertig sind, in Kürze als Abteilung C. in Betrieb kommen. — Die Porzellanfabrik Kiesel & Klessa liegt still und soll zu Wohnungen umgebaut werden. — Die Porzellanfabrik Michael Müllers Erben hat drei Werke, Nebengebäude und große Villa und kam um 150.000 Mk., bei einem Mindestwert von 450.000 Mk., an die Porzellanfabrik Schönwald, A.-G. Auch hier soll in Kürze der Betrieb wieder eröffnet werden. Diese Käufe stärken jede Gesellschaft um ein Viertel ihrer bisherigen Produktionsmöglichkeit. Die Angliederung der Werke gleichwohl zum größten Teil aus laufenden Mitteln, also überhörschüssen (bei diesen schlechten Zeiten!). Man hört bei jeder

Gelegenheit von der Wiedereröffnung der Betriebe, aber niemals ein Wort von der Bezahlung der Arbeiter.

Die billige Übernahme der in Konkurs geratenen Betriebe zeigt, wo die Schwerverdiener sitzen. Deshalb, wenn Friebe herrschen soll, müssen die Firmen den Belegschaften mehr Entgegenkommen zeigen als bisher. Mit der Zeit lernt wohl auch diesem ganzen Gebaren auch der dümmste Arbeiter, daß die Betriebe die Arbeiter notwendiger brauchen, als die Arbeiter die Betriebe. Die Ausschaltung jeglicher Konkurrenz am Ort macht es für die Arbeiterschaft zur Pflicht, reiflos organisiert zu sein und verlangt von jedem einzelnen tätige Mitarbeit.

Ungünstiger Messeausfall. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten über den Ausfall der Leipziger Messe steht fest, daß im allgemeinen die Fabriken der Porzellanindustrie keine allzu großen Aufträge erhalten haben. Das Auslandsgeschäft stand hinter dem der Vorjahrmesse. Aufträge in Markenartikeln wurden erteilt. Käufer waren Südamerika und die Vereinigten Staaten Nordamerikas, sowie Skandinavien und England für Geschirr und Zierware. Für Deutschland wurde billige Gebrauchsware gekauft. — Ueber den Ausgang der Jahrmesse wurde ein ähnliches Klagebild angestimmt und doch waren die Betriebe vollauf beschäftigt; deshalb besteht keine Veranlassung, den Ausfall der Messe pessimistisch zu beurteilen. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, etwa mit berechtigten Forderungen zurückzuhalten, im Gegenteil, die eingetretene Verengung der Lebenshaltung und die Steigerung der Mieten müssen noch stark ausgeglichen werden.

Geschäftslage. Dem „Reichsarbeitsblatt“ zufolge ist im Monat August in der keramischen Industrie eine leichte Verschlechterung der Lage gegenüber dem Vormonat eingetreten. Nach den Berichten der Landesarbeitsämter ist die Porzellanindustrie uneinheitlich beschäftigt. Unter Geschäftsgang herrschte in Schlesien und im Freistaat Sachsen. Auch in Thüringen war die Industrie aufnahmefähig für Arbeitskräfte. In der Provinz Sachsen fanden Entlassungen statt. Nach dem Bericht der Handelskammer Bahrenuth (Eberfranken) war die Produktion in der Porzellanindustrie im allgemeinen normal, vereinzelt mußten jedoch Betriebsbeschränkungen stattfinden. Die Absatzverhältnisse sowohl auf dem Inlandsmarkt als auch auf dem Auslandsmarkt waren unbefriedigend, nur aus Südamerika konnten in letzter Zeit nennenswerte Aufträge bereingehoben werden. Auch die Handelskammer Dresden klagte über den Rückgang der Nachfrage.

Von der thüringisch-sächsischen Porzellanindustrie wird der „Frankfurter Zeitung“ berichtet: „Die Lage im Porzellan-geschäft hat in letzter Zeit infolge einer bedeutsamen Aenderung erfahren, als der Absatz von Hochspannungspotentialen eine kräftige Belebung erfahren hat. Von den großen Elektrofirma-

Sind in den letzten Monaten namhafte Aufträge eingegangen und auch ausländische Bestellungen laufen wieder in stärkerem Umfange ein. Ein Teil der Firmen des Hochspannungs-Syndikats soll bereits genötigt sein, die Lieferfristen zu verlängern, um der Nachfrage genügen zu können. Die großen Lager, die nach dem schlechten Geschäftsgang in 1924 bis in die ersten Monate des laufenden Jahres hinein auf den Markt drückten, scheinen schon ziemlich geräumt zu sein, und die Preise sind infolgedessen im Durchschnitt durchaus zufriedenstellend. Weniger erfreulich ist die Lage für Niederspannungsmaterial. Hier leidet das Geschäft immer noch unter schärfster Preis Konkurrenz, und zwar aus folgenden Gründen: Die starke Produktionsvermehrung für Niederspannungsporzellane, die in den Inflationsjahren eingetreten war, ist noch immer nicht in genügendem Maße zurückgeschraubt worden, was nun so schwerer wiegt, als es sich bei den heute erbauten und noch zu erbauenden Strecken zumeist nicht um lokale Leitungen mit niedrigen Spannungen handelt, sondern um umfangreiche Hochspannungsleitungen. Außerdem drückt gerade im Geschäft mit Niederspannungsmaterialien die billige tschechische Konkurrenz empfindlich. Die Ausfuhr liegt fast gänzlich darnieder. Bestrebungen, das im Jahre 1924 aufgelegene Niederspannungssyndikat wieder aufzurichten, sind zwar im Gange, man verspricht sich aber in nächster Zeit keinen Erfolg von ihnen, so lange das Angebot den Markt weiter überflutet. Nicht einheitlich ist das Geschäft in Gebrauchsgüter- und Luxusporzellan. Aufträge werden von der Handelschaft nur sehr vorsichtig und in sehr geringem Umfange erteilt. Der Prozentsatz der Verbandsaufträge, der noch wenige Wochen vor der Leipziger Herbstmesse in Kraft gesetzt wurde, hat allgemein befremdet. Um dem vorhandenen Bedarf entgegenzukommen, dessen Befriedigung nur durch die schwierigen Geldverhältnisse gehindert wird, sehen sich die Fabriken mehr und mehr genötigt, zur Gewährung von Zahlungsfristen von drei Monaten und zum Teil sogar noch länger überzugehen. Das Auslandsgeschäft ist noch wie vor sehr mäßig und wird auch für die Zukunft angesichts des kräftigen Protektionismus, der in den früheren Hauptabnehmerländern gerade in bezug auf Porzellan betätigt wird, als nicht sehr aussichtsreich beurteilt.

Aus unserem Beruf.

Berlin-Charlottenburg. In der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin mehrten sich unter der neuen Direktion die Schwierigkeiten. Nachdem bereits vor kurzem einige Kräfte aus dem Verwaltungsapparat entlassen wurden, mußte neuerdings die gesamte Malerei die wöchentliche Arbeitszeit um ein Drittel (16 Stunden) vermindern. Es sich bei diesem Vorgehen lediglich um eine aus der Geschäftslage geborene Maßnahme handelt, oder um eine solche, die sich gegen die sozialen Betriebsverhältnisse wendet, oder ob die Direktion einen weiteren Personalabbau vorbereiten will, läßt sich noch nicht übersehen. Wie uns auf Anfrage mitgeteilt wird, ist die Kurzarbeitsverfügung ohne Verständigung mit der Betriebsvertretung getroffen worden.

Marktrebisch. Die Formgießer der Firma Jäger & Co., Marktrebisch, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzubehalten!

Wieschenburg. Der Streik der Maler in der dortigen Porzellanfabrik wurde beigelegt.

Reinickendorf. Die bei der Firma Meuter & Hellge unter Nr. 35 der „Ameise“ vom 29. August 1925 besprochenen Differenzen sind geklärt. Beachtung betreffs Zugangs nach hier ist demnach aufgehoben.

Allgemein verbindlich erklärt.

Der Präsident
der Reichsarbeitsverwaltung
(Zaristabteilung).
Tagb. Nr. IV 1322/410.

Berlin NW, Schornhorststr. 35,
den 8. September 1925.

Entscheidung.

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1913 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. S. 67) für allgemeinverbindlich erklärt:

1. Vertragsparteien: a) auf Arbeitgeberseite: Arbeitgeberverband der Deutschen feinfaserigen Industrie; b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands; Berufsverband Deutscher Keramiker; Verband der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.); Deutscher Metallarbeiterverband; Zentralverband der Maschinenisten und Geiger; Deutscher Verlehrsband.

2. Abgeschlossen am 29. Juni 1925 (verbindlich erklärter Schiedsspruch). Nachtrag zum allgemein verbindlichen Reichstarifvertrag vom 28. Januar 1925.

3. Verwilligter Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Porzellan-, Steingut-, Geschirrt- und Steingutwarenindustrie, mit Ausnahme der Betriebe der dem Verbande Berliner Metallindustrie angehörigen Firmen und der Handwerksbetriebe. Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf die Handwerksbetriebe bleibt vorbehalten.

4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reiches mit Ausnahme der Steingutfabrik Wittsburg. A.-G., in Frage. Die Ausdehnung auf diese bleibt vorbehalten.

5. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 29. Juni 1925. Im Auftrage: Dr. Buise.

Eingetragen am 10. September 1925 auf Blatt 7398, laufende Nr. 20 des Tarifregisters.

Der Registrierführer. gez.: Sprengel.

† Sterbetafel †

Coburg (Neustadt). Ehrhardt Großmann, Malermeister, geboren am 15. 4. 1868, gestorben an Asthma, am 2. September 1925. — Elise Pfaff, Brennhäusermeisterin, geboren am 9. 8. 1859, gestorben an Asthma, Organisiert seit 1919.

Goldberg. Max Kühle, Dreher, geboren am 24. 1. 1888, gestorben an Herzleiden. Organisiert seit 1925.

Dresden. Reinhold Herber, Porzellanarbeiter, geboren am 14. 8. 1887, gestorben an einer Magenoperation. Organisiert seit 1910. — Karl Krell, Malerarbeiter, geboren am 2. 10. 1867, gestorben an einer Magenoperation. Organisiert seit 1916.

Triptis. Albrecht Stöckel, Dreher, geboren am 24. 8. 1873, gestorben an Nierenleiden und Lungenerkrankung. Organisiert seit 1914. Wir verlieren in Kollegen St. einen guten Förderer unserer Organisation. Er hatte stets nur das Wohl seiner Kollegen im Auge.

Waldenburg und Umgebung. Theodor Laqua, Porzellanmaler, geboren am 26. 6. 1903, gestorben an Herz-Kreislauferkrankung. Organisiert seit 1925.

Weiden. Marie Rath, Friseurin, geboren am 28. 10. 1901, gestorben an Nierenwassersucht. Organisiert seit 1921.

Ehre ihrem Andenken!

Stichwahlresultat der Delegiertentwahl zur Generalversammlung.

Wahlgruppe 8, gewählt: Joh. Riffon, Adolf Vohl, Waldburg.
" 19, " Josef Siller, Mitterteich.
" 31, " Karl Herr, Rodach.
" 34, " Otto Müller, Kahlthütte.

Das Verbandsbüro.

Zur Silberhochzeit ihrem Kollegen Theodor May und Frau die besten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Staffel.

Margarethenhütte. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach § 14, Ziffer 4 jedes kranke oder erwerbslose Mitglied innerhalb drei Tagen dem Zahlstellenleiter zu melden ist. Die Auszahlung von Unterstützung erfolgt nur Freitag von 1/8 bis 7 Uhr. Bücher sind mitzubringen. Robert Pirstan, Kassierer.

Jeder Arbeiter, der sich in den heutigen Verhältnissen nicht seiner Organisation anschließt, ist ein erbärmlicher Feigling. Dir. Löwe, Elektrizitätswerk, Straßburg i. E.

Der Anschluß an seine Organisation ist eine sittliche Pflicht für den Arbeiter, der er sich nicht ohne zwingende Gründe entziehen darf. Georg v. Gysicki.



Gold u. Silber

und alle in der Porzellanmalerei vorkommenden Abfälle kaufen zu Tagespreisen

Otto & Hellmut Seifert, Gold-Scheideanstalt, Zwickau i. Sa.

Gold-Scheideanstalt Willy Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17

Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldschalen u. -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1 gr gute Goldscheide, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. 271/38.

Alle goldhaltigen Rückstände werden angekauft und das Gramm Feingold mit 2,78 Mk. bezahlt.

Eingehende Sendungen werden auf das prompteste erledigt.

Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa., Werdauestr. 25. (168/38)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldscheideanstalt / Begründet 1891

kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle

Ältestes Einkaufsgeschäft dieser Art

(212/38)

Goldabfälle jeder Art

wie Lappen, Schmiere, Asche, gebranntes Gold, Flaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Flüssige Glanzgold- und Poliergold-Originalflaschen werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.

H. Langhammer, Goldeinkaufsgeschäft, Witten i. Sachsen.

	Preise per Meter
Semden-Flanell, sehr starke Qualität	70 cm breit 0,75 Mk.
Flusen-Flanell, feinste Streifen	50 " " 0,98 "
Semdentuch, weiß, beste Qualität	80 " " 0,95 "
allerbeste Qualität	80 " " 1,08 "
Handtücher, Gerstentorn	42 " " 0,58 "
Strickwolle, prima Qualität, in jeder Farbe, 10-Gebind	0,98 "
Damenhemden, 105 cm lang	1,25 Mk., allerbeste 2,90 "

Alle Artikel sind prima Qualitäten. Geld zurück, wenn Ware nicht entspricht oder anderswo billiger ist. Versand ab 10,- Mk. sofort, bei 20,- Mk. portofrei. (244/38)

Willy Dreier, Webwaren, Weiden in Ober-Pfalz.

Jacob Scherer, Glauchau in Sa.

Direkte Einfuhr in Schwämmen.

Reelle und billigste Bezugsquelle für die keramische Industrie. (257/38)

Steingutdreher.

Zum baldigen Eintritt werden einige verheiratete, tüchtige Kreierformer und Hohlformer, die auch garnieren können,

gesucht

auch für Familienangehörige ist Arbeitsgelegenheit vorhanden. Werthlohnung wird gestellt. Günstige Gelegenheit für jung verheiratete ohne Wohnung. Offerten mit Zeugnisabschriften sind einzureichen unter „S. G. 5406“ an Rudolf Mosse, Nürnberg.

Tüchtiger, gelehrter Dreher, firm in Hohl- und Flachgeschirren, an saubersten Arbeiten gewöhnt, sucht sich umständlicher zu verändern. Gefl. Angebote unter „S. 170“ befördert „Die Ameise“.

Älterer, erfahrener Dreher für Geschirre und Isolatoren, sowie jüngerer, tüchtiger Dreher, in allen vorkommenden Arbeiten bewandert, verheiratet, suchen Stellung. Angebote unter „S. 169“ an „Die Ameise“ erbeten.

Adressenänderungen.

Goldb. Kass.: Oskar Neumann, Dreher in Goldb., Jägerstr. 166 B.

Gaulen. Vorl.: Anton Hümmer, Weingarten, Post 124; Kass.: Hans Höppl; Kass.: Johann Wöhle, St. Klein, Angerstr. 112 c; Rev.: Konrad Schug, Staffelfeld, Hoffstr. 156.

König. Vorl.: Paul Schenk, Maler in Gohwiz bei Müllers, Kass.: Gustav Müller, Malermeister, König; Rev.: Otto Wieg, König.

München. Vorl.: Georg Keil, Bezirkssekretär, Tumblerstr. 36, part.; Rev.: Michael Schwandner, Maler, E. Lingerstr. 7, III, 4. Ausgang.

Quittungen.

Die Zahlstelle Nauenstein sandte noch 2 Mk. für kranken Kollegen Gude. Bereits quittiert 59,50 Mk. Summe 61,50 Mk. Auch diesen Gebern besten Dank.

J. A.: Robert Pirstan, Kassierer.

Für unseren kranken Kollegen Willi Fischer folgende Beiträge ein: Kahl, Alsbach, Spandau, Schönwald, Nordmann, Annaburg, Berlin, Müschen, Stadtlengs, Rodach, Waldburg, Triefurt, Zwickau, Hennigsdorf, Weiden, Mitterteich je 3,-; Tettau, Blankenhain, Wenzel, Kirchenlamitz, Grünstadt, Velden, Rodach, Nauenstein je 2,-. Summe: 72 Mk. Allen Gebern im Namen des kranken Willi Fischer und der Zahlstelle besten Dank.

J. A.: Edmund Siegel, Kassierer, Tettau.

Mehrere tüchtige

Porzellandrehen

von größerer Porzellanfäbrik sofort gesucht. Es wird nur wirklich tüchtige, mit allen vorkommenden Arbeiten für Spannungs- und Porzellanarbeiten vertraute Leute rekrutiert, die fauberes, gewissenhaftes Arbeiten gewöhnt sind. Wegen Wohnmangel Unverheiratete bevorzugt. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter „268a“ erbeten.

Tüchtiger, jüngerer

Zondspriker

zum sofortigen Eintritt gesucht. Verheiratete könnten Wohnen in circa 2-3 Monaten geüben werden.

Porzellanfäbrik

Joseph Schachtel A.-S. Sophienau Post Charlottenbrunn, Schlesien

Formengießer

welcher an fauberes Arbeiten gewöhnt ist und gleichzeitig gießen kann, wird von Thüringer Porzellanfäbrik sofort gesucht. Angebote unter „278a“ an Expedition dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger

Schleifer

für besseres Geschirre per sofort gesucht. Angebote unter „274a“ an die „Ameise“ wünscht.

Stoff für Malermäntel, erstkl. Sorte, 78 breit	Meter 0,80
do. extra gute Sorte, 140 breit	1,50
do. leichtere Sorte, 140 breit	1,20
do. leichtere Sorte, 78 breit	0,60
Schürzenstoff, 120 breit	1,40
Bettdecken, weiß, gebüchelt, 130 breit	3,00
Handtücher, gute Ware	Stück 0,50
Handtücher für Wascheimer, prima Qualität	0,80
Handtücher, 120x120	2,80
Handtücher, 130x130	3,80

Sollte trotz der Güte und Billigkeit etwas nicht entsprechen, nehme ich zurück und zahle vollen Betrag an. Versand von 20 Mk. an portofrei.

J. A. Christl, Webwaren, Weiden Oberpfalz

Gefährlicher lediger Vater sucht seine Stellung zu verändern. Angebote unter „S. 169“ befördert „Die Ameise“.

Tüchtiger Gießer für Geschirre und Lagen, Ende der 1920er wünscht sich sofort zu verändern. Flotter faubere Arbeiter auch bewandert im Malern von ungelerten Arbeitern. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Zuschriften unter „S. 16“ an „Die Ameise“ erbeten.

Tüchtiger erfahrener Gießer, mit allen vorkommenden Arbeiten in der Gießerei vollkommen vertraut, der auch in der Lage ist, ein Personal umständig zu leiten und ungelerten Personal vorzuschreiben, sucht Stellung als Gießermeister. Angebote sind unter „S. 168“ an „Die Ameise“ erbeten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Hennig in der Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Perle in der Charlottenburg 1, Brahestr. 2-5. — Druck: C. S. Anisimow, Berlin SO., Elisabethufer 28.